

europaticker Mietminderungen für Klimaschutz

BBU: Beim Klimaschutz Wirtschaftlichkeit nicht vernachlässigen



Die Wohnungswirtschaft der Hauptstadtregion besteht darauf, dass in der Klimadebatte die Wirtschaftlichkeit der geforderten Maßnahmen nicht aus den Augen verloren wird. Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), unterstrich in Berlin, dass Mietkürzungen als Instrument des Klimaschutzes inakzeptabel seien. „Hier würde willkürlichen Mietkürzungen Tür und Tor geöffnet. Jeder Mieter, der aufgrund seines Verbrauchsverhaltens eine hohe Betriebskostenabrechnung hat, könnte dann erstmal die Miete mindern. Das ist nicht hinnehmbar und untergräbt die Rechtssicherheit für die Vermieter.“

Tatsächlich erweise der Bundesumweltminister dem Klimaschutz mit seinem Vorschlag einen Bärendienst. „Wer zu Mietminderungen auffordert, nimmt den Wohnungsunternehmen die Mittel für ihre Investitionen“, so Burkardt.

Burkardt: „Es hat sich gezeigt, dass mit Anreizsystemen sehr gute Erfolge erzielt werden konnten. Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Gesetzliche Vorgaben, oder gar eine amtliche Ermächtigung zu Minderungswillkür, sind kontraproduktiv.“

Die 365 BBU-Mitgliedsunternehmen hätten seit 1991 mehr als 36 Milliarden Euro in ihre Bestände in Berlin und Brandenburg investiert. „Das ist ein Beleg dafür, dass die Wohnungswirtschaft die Herausforderungen aus steigenden Energiepreisen und Klimawandel angenommen hat.“ Die Wohnungswirtschaft der Hauptstadtregion habe durch diese großen Anstrengungen dafür gesorgt, dass die durchschnittlichen Betriebskosten für ihre gut zwei Millionen Mieter unter dem Stand von 1995 lägen. Seit 1991 sei der Heizenergiebedarf der Bestände im Schnitt um gut 20 Prozent gesunken. „Die CO2-Emissionen sind in dieser Zeit sogar um über 20 Prozent zurückgegangen.“

Unter dem Dach des BBU sind 365 Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten ca. 1,11 Millionen Wohneinheiten stellen 41 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und 49 Prozent der Mietwohnungen in Brandenburg dar. Hier wohnen rund zwei Millionen Mieterinnen und Mieter.

Quelle/Autor: Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU)

erschienen am: 2007-08-07

[Krankenversicherungen](#)

Kostenloser Preis-Schnellcheck.

Ergebnis liegt in 30 Sekunden vor!

www.MEG24.de/Privatversicherung

[Haspa Private Banking](#)

Elite Report der Welt: Haspa 4. Mal bei der Volkswagen Bank.

in Folge auf dem ersten Platz.

www.haspa.de

[4,00 % Tagesgeld-Zinsen](#)

bei der Volkswagen Bank.

Monatliche Zinsgutschrift, 0 €

Kontoführung

www.volkswagenbank.de

[K&M Fondsbetreuung](#)

Anlegerschutz, Sanierung und

Verwaltung von Immobilienfonds.

www.km-management.com

Google-Anzeigen

Schreiben Sie uns Ihre Meinung zu dem Beitrag:

Denn Ihre Meinung ist uns wichtig

Der EUROPATICKER Umweltruf erscheint im 8. Jahrgang. Das Ersterscheinungsdatum war der 20. März 2000.

Für die Titel: **EUROPATICKER, KORRUPTIONSREPORT und UMWELTRUF** nehmen wir Titelschutz nach § 5 Abs. 3 MarkenG. in Anspruch.

Wir unterliegen dem Presserecht des Landes Sachsen-Anhalt. Verantwortlich im Sinne des Presserechtes ist: Diplom-Betriebswirt Hans

Stephani.

Ein Service der:

DATA-KOM Daten- und Kommunikationsverarbeitungsgesellschaft mbH

Blumenstr. 11 D-39291 Möser Telefon: 039222 4125, Telefax: 039222 66664

[Zurück zum Nachrichtenüberblick](#)

[Diese Meldung ausdrucken](#)



[LifeID 10566]

BBU: Beim Klimaschutz Wirtschaftlichkeit nicht vernachlässigen

(lifepr) Berlin, 06.08.2007 - Die Wohnungswirtschaft der Hauptstadtregion besteht darauf, dass in der Klimadebatte die Wirtschaftlichkeit der geforderten Maßnahmen nicht aus den Augen verloren wird. Ludwig Burkardt, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), unterstrich in Berlin, dass Mietkürzungen als Instrument des Klimaschutzes inakzeptabel seien.

„Hier würde willkürlichen Mietkürzungen Tür und Tor geöffnet. Jeder Mieter, der aufgrund seines Verbrauchsverhaltens eine hohe Betriebskostenabrechnung hat, könnte dann erstmal die Miete mindern. Das ist nicht hinnehmbar und untergräbt die Rechtssicherheit für die Vermieter.“

Tatsächlich erweise der Bundesumweltminister dem Klimaschutz mit seinem Vorschlag einen Bärendienst.

„Wer zu Mietminderungen auffordert, nimmt den Wohnungsunternehmen die Mittel für ihre Investitionen“, so Burkardt.

Burkardt: „Es hat sich gezeigt, dass mit Anreizsystemen sehr gute Erfolge erzielt werden konnten. Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Gesetzliche Vorgaben, oder gar eine amtliche Ermächtigung zu Minderungswillkür, sind kontraproduktiv.“

Die 365 BBU-Mitgliedsunternehmen hätten seit 1991 mehr als 36 Milliarden Euro in ihre Bestände in Berlin und Brandenburg investiert. „Das ist ein Beleg dafür, dass die Wohnungswirtschaft die Herausforderungen aus steigenden Energiepreisen und Klimawandel angenommen hat.“ Die Wohnungswirtschaft der Hauptstadtregion habe durch diese großen Anstrengungen dafür gesorgt, dass die durchschnittlichen Betriebskosten für ihre gut zwei Millionen Mieter unter dem Stand von 1995 lägen. Seit 1991 sei der Heizenergiebedarf der Bestände im Schnitt um gut 20 Prozent gesunken. „Die CO₂-Emissionen sind in dieser Zeit sogar um über 20 Prozent zurückgegangen.“

Unter dem Dach des BBU sind 365 Wohnungsbaugesellschaften und –genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die von den BBU-Mitgliedern verwalteten ca. 1,11 Millionen Wohneinheiten stellen 41 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und 49 Prozent der Mietwohnungen in Brandenburg dar. Hier wohnen rund zwei Millionen Mieterinnen und Mieter.

Ansprechpartner:

Herr Dr. David Eberhart

E-Mail: david.eberhart@bbu.de

Telefon: +49 (30) 897 81 118

Fax: +49 (30) 897 81 4118

Zuständigkeitsbereich: Sprecher des Verbandes

Über Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V.
(BBU) :

www.lifepr.de

Produkt und Marke der Huber Verlag für Neue Medien GmbH - Lorenzstrasse 29, D-76135 Karlsruhe